



Anhörung zu Gewalt und Extremismus in Hessen,

am 10. November 2010 im Hessischen Landtag

„In der Anhörung sollen vor allem folgende Aspekte schwerpunktmäßig untersucht werden:“

„3. Die Entstehung und Verbreitung von Rechtsextremismus, dessen Vorkommen in Hessen, bereits praktizierte Maßnahmen – sowohl zur Prävention als auch zur Gegensteuerung bei Anhängern des Rechtsextremismus – sowie möglicher weiterer Handlungsspielraum für Staat und Gesellschaft, der ideellen und tatsächlichen Unterstützung rechtsextremen Gedankengutes und rechtsextremen Handelns entgegenzuwirken.

4. Die Entstehung und Verbreitung von Linksextremismus, dessen Vorkommen in Hessen, bereits praktizierte Maßnahmen – sowohl zur Prävention als auch zur Gegensteuerung bei Anhängern des Linksextremismus – sowie möglicher weiterer Handlungsspielraum für Staat und Gesellschaft, der ideellen und tatsächlichen Unterstützung linksextremen Gedankengutes und linksextremen Handelns entgegenzuwirken.

5. Die Entstehung und Verbreitung von sonstiger politisch oder religiös begründeter Gewalt, deren Vorkommen in Hessen, bereits praktizierte Maßnahmen – sowohl zur Prävention als auch zur Gegensteuerung bei Anhängern der einzelnen extremistischen Gruppierungen – sowie möglicher weiterer Handlungsspielraum für Staat und Gesellschaft, der ideellen und tatsächlichen Unterstützung sonstigen politisch oder religiös begründeten extremistischen Gedankengutes und sich daraus ergebenden extremistischen Handelns entgegenzuwirken.“

Bezüglich des Antrages der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN (Drucksache 18/2343) nimmt das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Hessen zu den Fragen 3 bis 5 wie folgt Stellung:



VORBEMERKUNGEN

Ich möchte in Bezug auf die Beantwortung der Fragen des Innenausschusses zur heutigen Anhörung zu Gewalt und Extremismus in Hessen vorab einige grundsätzliche Anmerkungen machen.

Die **Entstehung** politischer Einstellungen hängt von der individuellen Bewertung des eine Person jeweils umgebenden sozialen Umfelds ab. Dies gilt auch für die Radikalisierung bezüglich des **Extremismus**. Studien verschiedener Institutionen, zuletzt die Studie „Die Sicht der Anderen“ vom Bundeskriminalamt, bestätigen die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen und unserer eigenen Erfahrungen. Ob und wenn ja in welchem extremistischem Umfeld jemand aktiv wird, hängt häufig von folgenden Aspekten ab:

- Fühlt sich die Person sozial anerkannt und eingebunden (bis hin zu Familienerbsatz)?
- Sieht die Person für sich eine Perspektive? Konkret zeigt sich das z. B. an der Frage, ob eine Aussicht auf eine Ausbildung oder eine feste Anstellung oder wenigstens eine aus Sicht der Person sinnvolle, von anderen akzeptierte Tätigkeit besteht.
- Erlebt eine Person ihr Verhalten als Anderssein positiv oder negativ? Kommt es dadurch gegen die Person selbst oder von ihr ausgehend zu Ausgrenzungen?
- Ist eine Person in der Lage, sich selbst mit unterschiedlichen Rollen auseinander zu setzen und selbst Lösungen für Probleme zu entwickeln? Oder sucht eine Person nach Hilfestellung, die gerade grundsätzlich einfach gestaltete Argumentationen und damit verbundene Handlungshilfen von Extremisten abdecken können?

Je nach sozialem Hintergrund wird dann nach sinnhaften und identitätsstiftenden Zusammenhängen und damit unter Umständen auch der Weg in den Rechts-, Links- oder religiös beeinflussten Extremismus gesucht.

Bezüglich bereits **praktizierter Maßnahmen** sowie **möglicher weiterer Handlungsspielräume** für Staat und Gesellschaft werde ich mich auf die bereits geleisteten Präventionsangebote des LfV Hessen konzentrieren. Mir ist allerdings bewusst, dass auch diese Angebote in einen ganzheitlichen Maßnahmenkatalog zur Stärkung demokratischen Denkens und Handelns eingebettet sein müssen. Dies bedingt aus meiner persönlichen Sicht, dass staatliche und politische Angebote eng mit vielfältigen sozialen und kulturellen Angeboten verzahnt werden müssen.



Die Arbeit des Verfassungsschutzes hat grundsätzlich präventiven Charakter. Im Rahmen seiner Aufgabenstellung (Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch die Früherkennung von Gefährdungen) geht es um die Aufklärung sich entwickelnder oder verdeckt operierender Gefahrenpotenziale durch Extremisten. Durch die nachrichtendienstliche Beobachtung extremistischer Bestrebungen und die anschließende Unterrichtung von Politik und Polizei trägt das LfV Hessen erheblich zur frühzeitigen und im Vorfeld ansetzenden Auseinandersetzung mit Extremismus bei. Daneben leistet das LfV Hessen intensive Aufklärungsarbeit, die sich bislang auf die Bereiche Rechtsextremismus und Islamismus konzentrierte. Dazu werde ich später grundsätzliche Ausführungen machen.

LAGEBILD zum RECHTSEXTREMISMUS

Rechtsextremisten lehnen das politische System der Bundesrepublik Deutschland sowie die ihm zugrunde liegenden Werte und Normen ab und bekämpfen diese. Rechtsextremistische Ideologien stehen im Widerspruch zu den Kernprinzipien des Grundgesetzes. Die von Rechtsextremisten ausgehenden Aktivitäten zielen auf die Beseitigung des demokratischen Verfassungsstaates. Teilweise äußern sie sich auch gewalttätig und stellen dann eine besondere Bedrohung dar.

Anmerkung: Siehe hierzu grundsätzlich auch den Jahresbericht des LfV Hessen „Verfassungsschutz in Hessen“, zuletzt erschienen der Bericht 2009, Abschnitt Rechtsextremismus.

Deutschlandweit haben derzeit vor allem die folgenden rechtsextremistischen Phänomene Relevanz:

- Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist die derzeit mitgliederstärkste und bei Wahlen erfolgreichste rechtsextremistische Partei (2009: in Hessen rund 400, bundesweit ca. 6.800 Mitglieder). Momentan befindet sie sich in einer Stagnationsphase, bleibt aber insgesamt einer der bedeutendsten rechtsextremistischen Akteure.
- Das neonazistische Personenpotenzial (2009: in Hessen 250, bundesweit ca. 5.000 Personen) wächst weiterhin leicht an und weist ein anhaltend hohes Aktionspotenzial auf. Mit ihrem breiten Spektrum an Organisations- und Aktionsformen bilden Neonazis das dynamischste Teilphänomen des Rechtsextremismus.



Verstärkten Zulauf erfahren insbesondere die Autonomen Nationalisten, an denen sich in Hessen allerdings nur einzelne Gruppierungen bzw. Personen orientieren.

- Die Szene der subkulturell geprägten Rechtsextremisten bzw. Skinheads (2009: in Hessen 550, bundesweit ca. 9.000 Angehörige) differenziert sich weiter aus und verliert zugleich an Bedeutung. Rechtsextremistische Musik bleibt aber ein wesentlicher Faktor für die Rekrutierung neuer und die Bindung bereits vorhandener Anhänger des Rechtsextremismus.
- Rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten gingen 2009 gegenüber dem Vorjahr leicht zurück, bleiben im langfristigen Zeitvergleich aber auf hohem Niveau. Bei den Gewaltdelikten dominieren fremdenfeindliche Übergriffe und solche gegen „politische Gegner“.

In Hessen sind hinsichtlich dieser rechtsextremistischen Schwerpunktaspekte folgende, zum Teil divergierende Entwicklungen bedeutsam:

Die hessische **NPD** befindet sich in einer Phase der Stagnation und Schwäche. Sie verliert an Mitgliedern und erlebt einen Rückgang ihres Aktivitäts- und Mobilisierungspotenzials. Bei Wahlen agiert sie wenig erfolgreich.

Bei der Landtagswahl vom 18. Januar 2009 blieb die hessische NPD mit 0,9 Prozent der Listenstimmen quasi bedeutungslos. Sie verfehlte die wichtige Ein-Prozent-Hürde, deren Überwinden Voraussetzung für die Teilhabe an der staatlichen Parteienfinanzierung gewesen wäre. Bei der Bundestagswahl vom 27. September 2009 erlangte die Partei in Hessen nur ein unterdurchschnittliches Ergebnis von 1,1 Prozent, bundesweit gewann sie 1,5 Prozent der Listenstimmen (2005: 1,6 Prozent).

Aktionen der NPD fanden seit Anfang 2009 nur in geringem Umfang statt. Dies zeigte sich nicht nur in den Wahlkämpfen der Partei, welche sehr verhalten geführt wurden. Die NPD führte in Hessen nur zwei öffentliche Kundgebungen durch. Eine für den 1. August 2009 in Friedberg und Nidda (Wetteraukreis) als Doppeldemonstration geplante Veranstaltung konnte auf Grund massiver Proteste nur eingeschränkt stattfinden. Es beteiligten sich etwa 180 Rechtsextremisten. Ein zweiter Aufmarsch der Partei fand ebenfalls in Friedberg am 7. November 2009 statt (etwa 100 Teilnehmer). 2010 führten die Jungen Nationaldemokraten (JN) am 8. Mai in Wiesbaden eine größere Kundgebung durch. Der Aufmarsch fand im weiteren Umfeld der US-Airbase in Wiesbaden-Erbenheim statt. Es beteiligten sich etwa 150 Rechtsextremisten, womit die Teilnehmerzahl deutlich unter den Erwartungen der Anmelder blieb.



Das Personenpotenzial der **Neonazis** ging in Hessen 2009 entgegen dem Bundestrend zurück (von etwa 300 im Jahr 2008 auf 250 in 2009). Die noch 2008 vorhandenen Bemühungen um eine Neustrukturierung der Neonaziszene, insbesondere in Südhessen sind mittlerweile als gescheitert anzusehen. Es gelang den Neonazis bislang nicht, dauerhaft stabile Strukturen in Hessen aufzubauen.

Neonazistische Aktivitäten gingen seit letztem Jahr (also 2009 und 2010) in erster Linie von Einzelpersonen oder losen Zusammenschlüssen aus. Dementsprechend gab es hauptsächlich kleinere und vor allem spontane Aktionen. Aufmärsche von Neonazis fanden 2009 in Hessen nicht statt. Allerdings beteiligten sich hessische Neonazis an den Aufmärschen der NPD sowie rechtsextremistischen Demonstrationen in anderen Bundesländern.

Schwerpunkte neonazistischer Bestrebungen liegen im Schwalm-Eder-Kreis sowie im Raum Wetzlar. In beiden Regionen sind Anhänger der jeweiligen Neonazigruppierungen (Freie Kräfte Schwalm-Eder – FKSE; Anti-Antifa-Wetzlar - AAW) als sehr gewaltbereit einzuschätzen.

Hinsichtlich der **subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene** bzw. der Skinheads ist in Hessen ein weiterer Bedeutungsrückgang festzustellen. 2009 ging die Zahl der Personen, die diesem Spektrum zuzurechnen waren, gegenüber dem Vorjahr um 100 auf 550 zurück. Rechtsextremistische Konzerte konnten in den letzten Jahren in Hessen bis auf sehr wenige Ausnahmen verhindert werden. Die Skinhead-Subkultur verliert nach unserer Einschätzung weiter beständig an Attraktivität und Bindungskraft.

Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten **Gewaltdelikte** ist in Hessen in den letzten Jahren rückläufig. 2009 kam es zu 22 Gewalttaten (2008: 25). Mehrheitlich handelt es sich dabei um Körperverletzungsdelikte, die vorwiegend bei Auseinandersetzungen mit „linken Zecken“ erfolgten. Der schwerste Vorfall ereignete sich am 8. November 2009 im Schwalm-Eder-Kreis, als ein Polizeibeamter bei der Festnahme eines Neonazis von einem anderen Rechtsextremisten durch Fußtritte erheblich verletzt wurde.

Teile der rechtsextremistischen Szene weisen weiterhin eine anhaltend hohe Gewaltbereitschaft auf, die zumeist spontan ausgelebt wird. Insbesondere Anhänger der FKSE begingen in den letzten Jahren Körperverletzungsdelikte gegenüber tatsächlichen oder vermeintlichen „Feinden“ oder zum Nachteil willkürlich herausgegriffener Opfer. In Wetzlar war 2009 ein zunehmendes Konfrontationspotenzial der dortigen neonazistischen



Szene zu beobachten, das sich auch in Aktionen gegen den „politischen Gegner“ entlud. Am 5. März 2010 verübten Neonazis in Wetzlar einen Brandanschlag auf das Haus einer Person, die sich gegen Rechtsextremismus engagiert.

Als **Zwischenfazit** ist festzuhalten: Hessen ist im bundesweiten Vergleich keine Hochburg des Rechtsextremismus. Insbesondere was die organisatorischen Strukturen und die Aktionsfähigkeit angeht, sind die rechtsextremistischen Bestrebungen in Hessen unterentwickelt. Besondere Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden erfordern spontane Aktionen neonazistischer Gruppierungen sowie die Gewaltbereitschaft der rechtsextremistischen Szene. Hier ist vor allem auch auf mögliche Potenziale von Konfrontationen zwischen Rechts- und Linksextremisten zu achten.

MAßNAHMEN des LFV HESSEN

Dem LfV Hessen ist es wichtig, nicht nur Politik, Polizei und Strafverfolgungsbehörden durch **Informationen** zu Aktivitäten ein rechtzeitiges und angemessenes Vorgehen gegen rechtsextremistische Bestrebungen zu ermöglichen. Beispiele hierfür sind der Umgang mit rechtsextremistischen Konzerten oder die Lagebewältigung bei Aufmärschen von Rechtsextremisten. Neben dieser Teilhabe an einer unmittelbaren Gefahrenabwehr erlaubt gerade die analytische Kompetenz des LfV Hessen die langfristige und tiefgründige Beobachtung und Bewertung rechtsextremistischer Bestrebungen. Dies ermöglicht eine fundierte Unterrichtung von politischen Entscheidungsträgern sowie relevanter öffentlicher Stellen, was zu einer sachgerechten Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus auf unterschiedlichen Ebenen beiträgt. Zugleich fließen die Arbeitsergebnisse in die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Amtes ein.

Der besonderen Bedeutung rechtsextremistischer Bestrebungen hat das LfV Hessen bereits vor zwei Jahren Rechnung getragen und mit dem **Kompetenzzentrum Rechtsextremismus (KOREX)** eine Stelle geschaffen, welche das Fachwissen des Amtes für die Präventionsarbeit gezielt aufbereitet und zur Verfügung stellt. Dies erfolgt mit Blick auf regionale Schwerpunkte, spezifische Zielgruppen und durch die Erstellung von Themenbroschüren und Informationsfaltblättern. Mit **Vorträgen** vermittelt KOREX spezifische Informationen und Kenntnisse des Verfassungsschutzes ganz gezielt, um die Präventionsarbeit anderer Stellen mit Hintergrundwissen zu unterstützen und sie damit handlungsfähiger zu machen. Das LfV Hessen hat bereits eigene **Fortbildungen** für Lehrer, Justizangestellte und Polizeikollegen durchgeführt sowie Kommunen angesprochen. Da-



bei informiert KOREX in der Regel über aktuelle Entwicklungen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, wobei auch regionale Aspekte Berücksichtigung finden. Im Mittelpunkt stehen dabei die Vermittlung von Wissen zum Erkennen von Strategien, mit denen Rechtsextremisten um Jugendliche werben (z. B. Musik, Kleidung). Es ist beabsichtigt, diese Arbeit auf andere Zielgruppen auszuweiten.

Außerdem hat KOREX die Anzahl seiner schriftlichen Materialien deutlich erhöht. Neben einer **Broschüre** „Symbole und Kennzeichen der Rechtsextremisten“ gibt es insgesamt fünf Faltblätter zum Thema „Hilfestellungen im Umgang mit Rechtsextremismus“ sowie mehrere Kurzlagebilder zu relevanten Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Hessen. Die meisten Papiere können auch von der Homepage des LfV Hessen heruntergeladen werden. Der Internetauftritt des LfV Hessen wurde ebenfalls aktualisiert und KOREX stellt sich dort vor. Damit werden auch außerstaatliche Einrichtungen über die Präventionsarbeiten im Bereich Rechtsextremismus unterrichtet.

Im Rahmen einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit ist das LfV Hessen auch bemüht, Bürgerinnen und Bürger direkt anzusprechen. In diesem Zusammenhang hat KOREX sowohl 2009 als auch 2010 jeweils zweimal die Arbeit des Kompetenzzentrums auf der **Hessentagsbühne** einem breiten Publikum präsentiert.

LAGEBILD zum LINKSEXTREMISMUS

Linksextremisten arbeiten darauf hin, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen und an deren Stelle ein sozialistisch-kommunistisches System oder eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu errichten. Dabei gibt es Organisationen, die sich an den Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels oder von Lenin, Stalin, Trotzki oder Mao-Tse Tung orientieren. Autonome und Anarchisten sehen den Staat als repressive Zwangsin- stanz, in dem Reglementierungen und Normen und verbindliche Strukturen ein „selbstbe- stimmtes“ Leben nach ihrem Verständnis nicht ermöglichen.

Anmerkung: Siehe hierzu grundsätzlich auch den Jahresbericht des LfV Hessen „Verfas- sungsschutz in Hessen“, zuletzt erschienen der Bericht 2009, Abschnitt Linksextremismus.

Im Bereich des Linksextremismus gibt es bundesweit einen zentralen Schwerpunkt, näm- lich die gewaltorientierte Szene, d. h. vornehmlich Autonome. Besonderes Augenmerk wird auch auf Bündnisstrukturen gelegt. In Bezug auf dogmatische Gruppierungen be-



steht Konsens, dass Parteien und Organisationen, die offen für einen kommunistischen Staat eintreten, ebenfalls beobachtet werden. Ein solcher Konsens besteht mit Blick auf die Partei DIE LINKE. nicht. In einigen Ländern wird die Partei gar nicht vom Verfassungsschutz beobachtet, in anderen werden nur offen extremistische Zusammenschlüsse in der Partei und in wenigen die gesamte Partei vom Verfassungsschutz beobachtet.

In Hessen unterliegt die gesamte Partei der Beobachtung. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit wird auf den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel verzichtet. Auf Grund des besonderen Status der Abgeordneten sind ferner Personen, die in Parlamente gewählt werden, für die Dauer ihres Mandats von der Beobachtung durch das LfV Hessen ausgenommen. Daher werden Fraktion und Abgeordnete der Partei im Hessischen Landtag nicht beobachtet.

Der hessische Landesverband der Partei **DIE LINKE.** erreichte bei der Landtagswahl 2009 5,4 Prozent der Stimmen und konnte bei der im gleichen Jahr folgenden Bundestagswahl in Hessen einen Zweitstimmenanteil von 8,5 Prozent erzielen. Auch die Mitgliederentwicklung bestätigt das Bild einer Partei, die sich etabliert hat. 2007 hatte die Partei in Hessen nach Eigenangaben noch rund 2.000 Mitglieder, mittlerweile sind es etwa 2.700.

DIE LINKE. wird vom hessischen Verfassungsschutz beobachtet, weil programmatische Ziele nicht mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung vereinbar sind. Sie ist eine Strömungspartei, in der offen extremistische Zusammenschlüsse, Netzwerke und Einzelpersonen neben gemäßigten Strömungen toleriert oder gar gefördert werden. In Hessen gibt es nach wie vor **Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen.** So sind im hessischen Landesverband die offen extremistischen innerparteilichen Zusammenschlüsse Kommunistische Plattform (KPF), Sozialistische Linke (SL) und Antikapitalistische Linke (AKL) aktiv und verfügen auf Grund ihres Status durchaus über Einfluss. Vertreter dieser Zusammenschlüsse sind im Landesvorstand der Partei präsent. Gleiches gilt für Personen mit einem Vorlauf bzw. aktiven Mitgliedschaften in anderen linksextremistischen Organisationen wie der Roten Hilfe (RH). Auch Trotzlisten stellen im Landesverband eine einflussreiche Strömung dar. Insgesamt sind in dem am 28. und 29. August 2010 neu gewählten Landesvorstand der Partei 14 Personen mit einer aktuellen Mitgliedschaft in einer extremistischen Organisation oder einem extremistischem Vorlauf. Zudem arbeitet DIE LINKE. in Hessen auf kommunaler Ebene weiterhin zum Teil eng mit der orthodox-kommunistischen Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) zusammen.



Die **DKP** ist in Hessen im bundesweiten Vergleich einigermaßen gut aufgestellt. Mit etwa 400 Mitgliedern zählt sie zu den stärksten Landesverbänden der Partei. Gerade auf kommunaler Ebene schafft sie es zudem bisweilen – meist in Zusammenarbeit mit der Partei DIE LINKE. – eigene Akzente zu setzen. Diese gilt beispielsweise im Landkreis Darmstadt-Dieburg, wo beide Parteien eine gemeinsame Fraktion bilden und auch bei der Kommunalwahl 2011 mit einer gemeinsamen Liste kandidieren wollen. Doch auch in Hessen ist die DKP insgesamt im Niedergang begriffen. Über kleinere Erfolge bei einzelnen Kommunalwahlen kommt die Partei nicht hinaus. Die fortschreitende Überalterung und interne Richtungsstreitigkeiten erschweren eine wirkungsvolle Parteilarbeit zudem immer mehr.

Die Bedeutung **trotzkistischer Bestrebungen** ist in Hessen hingegen vergleichsweise hoch. Der bundesweit zu beobachtende Trend des „Entrismus“ vollzog sich in Hessen geradezu idealtypisch. Dieses gilt insbesondere für Anhänger des trotzkistischen Netzwerks **marx21**, das sich personell und strukturell aus der extremistischen Organisation Linksruck entwickelt hat. Die Personen gelangten über die Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG), die kein Beobachtungsobjekt des LfV Hessen war, in die Partei DIE LINKE. Hier engagieren sich diese Trotzkisten vor allem im offen extremistischen Zusammenschluss Sozialistische Linke (SL). Im hessischen Landesverband sind sie in Positionen aufgestiegen, in denen sie Einfluss auf das Wirken der Partei ausüben können. Im aktuellen Vorstand von DIE LINKE.Hessen sind zwei Angehörige von marx21 vertreten. Auch unter den hessischen Landtags- und Bundestagsabgeordneten der Partei DIE LINKE. befinden sich zwei Vertreter von marx21. Beide sind zudem Mitglieder des Bundesvorstandes der Partei DIE LINKE.

Die Angehörigen von marx21 sind innerhalb der Partei zum äußersten linken Flügel zu zählen. Ziel des Netzwerks ist die revolutionäre Überwindung der freiheitlichen Demokratie und die Einführung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung. Eben hierfür streitet marx21 innerhalb der Partei DIE LINKE. Dennoch werden Aktivisten von marx21 innerhalb der Partei nicht nur akzeptiert, sondern sogar in herausgehobene Parteiämter gewählt. Insofern verdeutlicht das Wirken der marx21-Aktivisten in der Partei, dass DIE LINKE. eine Strömungspartei ist, in der offen extremistische Zusammenschlüsse, Netzwerke und Einzelpersonen neben gemäßigten Strömungen toleriert oder gar gefördert werden.



Die bundesweit zu beobachtende Dynamik der **autonomen Szene** hat sich – in leicht abgeschwächter Form – auch in Hessen gezeigt. Hier sind derzeit rund 400 Personen der autonomen Szene zuzurechnen. In den vergangenen Jahren war in Hessen ein geringfügiger Anstieg des autonomen Personenpotenzials festzustellen. So gab es 2007 in Hessen noch 350 Autonome. Im Vergleich der Bundesländer liegt Hessen damit derzeit im oberen Mittelfeld, allerdings weit hinter dem bundesweiten Szeneschwerpunkt Berlin. Der eindeutige Szeneschwerpunkt in Hessen ist Frankfurt am Main. Ein gutes Drittel der hessischen Autonomen – etwa 150 Personen – lebt hier. Viele weitere Aktivisten leben im Umland der Stadt. Damit gehört das Rhein-Main-Gebiet im bundesweiten Vergleich zu den Metropolregionen mit den stärksten autonomen Szenen.

In qualitativer Hinsicht unterscheidet sich diese Szene von den anderen Szenen in Hessen. Denn ihr „harter Kern“ ist gewaltbereit, ideologisch ausgesprochen gefestigt und bundesweit gut vernetzt. Zudem geht er äußerst konspirativ und professionell vor. In den vergangenen Jahren kam es immer wieder zu gewaltsamen Aktionen der **Frankfurter Szene**. Autonome griffen vor, während oder nach Demonstrationen Polizisten an. Sie lauerten (vermeintlichen) Rechtsextremisten auf und schlugen diese brutal zusammen. Im Herbst 2008 wurde ein Brandanschlag auf einen Bus der Polizei verübt. Am 27. September 2010 wurden NPD-Anhänger in Frankfurt am Main im Anschluss an eine parteiinterne Veranstaltung aus einem Hinterhalt heraus angegriffen und teilweise schwer verletzt.

Insgesamt liegt die Zahl der autonomen **Gewalttaten** in Frankfurt am Main allerdings deutlich unter derjenigen in den bundesweiten Szeneschwerpunkten Berlin und Hamburg. Dennoch geht von Frankfurter Autonomen eine hohe Gefahr aus. Es ist jederzeit mit gewalttätigen Aktionen zu rechnen, die - im Gegensatz zu rechtsextremistischen Übergriffen – in der Regel zielgerichtet, geplant und konspirativ durchgeführt werden.

Die Zahl linksextremistischer **Gewalttaten** ist in **Hessen** mit 24 im letzten Jahr relativ konstant geblieben (2008 waren es 25 Gewalttaten). Problematisch ist allerdings, dass Körperverletzungen die Hälfte der Gewalttaten ausmachen. Auffällig war dabei, dass 2009 nicht Angriffe auf Rechtsextremisten den größten Anteil stellten, sondern Körperverletzungen gegen die Polizei.



MAßNAHMEN des LFV HESSEN

Als „Frühwarnsystem“ der wehrhaften Demokratie leistet das LfV Hessen auch im Phänomenbereich Linksextremismus einen erheblichen präventiven Beitrag. Aktuell werden neben der Öffentlichkeit insbesondere Politik und Polizei über wichtige Entwicklungen informiert. Dieses ermöglicht letzterer ein rechtzeitiges und angemessenes Vorgehen gegen linksextremistische Bestrebungen. Insgesamt geht es bei der Aufklärungsarbeit darum, nicht nur Bürgerinnen und Bürgern, sondern auch mit Entscheidungs- und/oder Exekutivbefugnissen ausgestatteten öffentlichen Stellen zu informieren, für Entwicklungen zu sensibilisieren und so eine sachgerechte Auseinandersetzung mit linksextremistischen Phänomenen zu ermöglichen.

Darüber hinaus hat das LfV Hessen erstmals seit Jahren wieder eine eigene Publikation „Einblicke in die autonome Bewegung“ veröffentlicht. Diese dient dazu, die Öffentlichkeit über das Phänomen des gewaltbereiten Linksextremismus zu informieren. Zum anderen wurde 2010 bei einer Bühnenveranstaltung auf dem Hessestag zum Thema „Zunehmende Konfrontation zwischen Rechts- und Linksextremisten – Ein Situationsbericht“ auch das Thema Linksextremismus erstmals derart öffentlich präsentiert. Das LfV Hessen beabsichtigt, seine Präventionsarbeit auch im Phänomenbereich Linksextremismus zu intensivieren. Wir bemühen uns daher in einem ersten Schritt, im Rahmen unserer Akkreditierung für die Lehrerfortbildung auch Fortbildungen zum Thema Linksextremismus anzubieten.

LAGEBILD zum ALLGEMEINEN AUSLÄNDEREXTREMISMUS, ISLAMISMUS und ISLAMISTISCHEN TERRORISMUS

Der nicht islamistische Ausländerextremismus umfasst extremistische Bestrebungen von Menschen mit Migrationshintergrund, die aus Deutschland heraus extremistische und/oder terroristische Bestrebungen im eigentlichen Herkunftsland unterstützen. Diese Bestrebungen sind nationalistisch bzw. rechtsextremistisch oder linksextremistisch ausgerichtet oder auf streben nach einer ethnisch motivierten Autonomie bzw. Unabhängigkeit.

Politisch-totalitäre Ideologien, die den Islam als ein alle Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens umfassendes System begreifen, werden unter dem Begriff der islamistischen Bestrebungen zusammengefasst. Islamisten wollen das gesamte Leben religiös begründeten Normen unterwerfen und lehnen eine Trennung von Staat und Kirche ab. Sie streben nach einem Staatswesen, das nach den Bestimmungen des islamischen



Rechts regiert wird. Die von Islamisten geforderte worttreue Befolgung dieses Rechts würde zwangsläufig zu einer Benachteiligung von Frauen und Andersgläubigen sowie von Meinungsfreiheit führen.

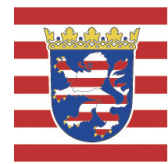
Anmerkung: Siehe hierzu grundsätzlich auch den Jahresbericht des LfV Hessen „Verfassungsschutz in Hessen“, zuletzt erschienen der Bericht 2009, Abschnitte Allgemeiner Ausländerextremismus und Islamismus.

Bundesweit werden etwa 36.000 (Hessen: 5.100) Personen im Bereich des Islamismus / islamistischen Terrorismus und rund 25.000 (Hessen: 2.900) im Bereich des allgemeinen Ausländerextremismus gezählt. Dabei fällt auf, dass politisch auf Gewalt ausgerichtete Organisationen wenig öffentlichkeitswirksam auftreten. Dasselbe gilt mehrheitlich für religiös motivierte Gewaltbereite, also vorrangig den al-Qaida-nahen Netzwerken.

Die Zahl der **Gewalttaten**, die dem Phänomenbereich Allgemeiner Ausländerextremismus oder dem Phänomenbereich Islamismus und Islamistischer Terrorismus zuzurechnen sind, lag 2009 mit sechs (Bund 102) weiter auf einem sehr geringen Niveau. Dies ist damit zu begründen, dass ausländerextremistische Organisationen in Deutschland im Gegensatz zu den 1990er Jahren meist nur Aktivitäten durchführen, bei denen es vorwiegend zu leichteren Straftaten – vornehmlich Propagandadelikte – kommt.

Aber das von Ausländerextremisten oder Islamisten ausgehende Gefährdungspotenzial darf nicht unterschätzt werden: In den Herkunftsländern gab und gibt es teilweise massive Gewalttaten bis hin zu Anschlägen. Gerade Anschläge al-Qaida-naher-Netzwerke gegen die Bundeswehr in Afghanistan zeigen, dass sie diese trotz hoher Sicherheitsvorkehrungen durchführen können. Sollte es wieder zu Eskalationsanlässen kommen, ist mit einem Anstieg der Gewalttaten zu rechnen. Gelänge es islamistischen Terroristen, Anschlagspannungen in Deutschland zu realisieren, würde dies mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer hohen Zahl von Toten und Verletzten führen.

Die bedeutsamste nicht islamistische **allgemeine Ausländerorganisation** ist die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Wie die meisten extremistischen **Ausländerorganisationen** nutzt auch die PKK Deutschland vorwiegend als Rückzugsraum, um im eigentlichen Herkunftsland extremistische bzw. terroristische Bestrebungen zu unterstützen. Andere Organisation, z. B. die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), nutzen Deutschland ebenso als Rückzugsgebiet. Die vorhandenen Strukturen werden vorrangig für die ideologische



Festigung der Anhänger, aber auch zu Spendengeldsammlungen für die Aktivitäten der jeweiligen Organisation im Herkunftsland genutzt.

Die seit 1993 in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegte PKK und ihre Nachfolgeorganisationen ist eine leninistisch-marxistisch orientierte Kaderorganisationen, die sich durch gewalttätiges und kampfbereites Auftreten auszeichnet. In Deutschland führt die PKK insbesondere Großveranstaltungen für ihre Anhänger und anlassbezogen kleine Demonstrationen durch, die häufig im Zusammenhang mit ihrem uneingeschränkten Führer Abdullah Öcalan oder gegen die PKK gerichtete Entscheidungen der türkischen Regierung richten. Die PKK hält unverändert an ihrer Doppelstrategie, in der Türkei mit terroristischen Aktionen zu operieren und in Europa ihre Anhängerschaft zu weitgehend gewaltfreien Aktionen für ihre Ziele zu mobilisieren, fest. Bundesweit hat die kurdische Gruppierung 11.500 Anhänger, in Hessen 1.200.

Sehr viel problematischer ist das anhaltend hohe abstrakte Gefahrenpotenzial durch **islamistische Terroristen**. Auch Deutschland – und hier insbesondere das Infrastruktur- und Bankenzentrum Frankfurt am Main - ist mittlerweile verstärkt in den Blickpunkt des internationalen islamistischen Terrorismus gerückt. Durch Propagandaoffensiven von al-Qaida oder al-Qaida-nahen Gruppen werden auch gegen Deutschland gezielte Drohkulissen aufgebaut. Die Videoproduktionen werden auch weiterhin in deutscher Sprache erstellt und haben inhaltlich auf die deutsche Bevölkerung abgestimmte Themen wie z. B. den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. So werden sowohl die deutsche Bevölkerung als auch die Bundesregierung dazu aufgerufen, für einen Abzug der Truppen aus Afghanistan zu sorgen. Teilweise wird in den deutschsprachigen Videoproduktionen indirekt oder direkt zu Anschlägen gegen deutsche Interessen aufgerufen.

Anschlagsdrohungen bleiben in den entsprechenden Botschaften von al-Qaida in der Regel abstrakt. Sie können jedoch auch als versteckter Aufruf verstanden werden, Anschläge in Deutschland zu verüben oder aber dahingehend, dass deutsche Interessen eine Zielscheibe terroristischer Anschläge werden sollten. Beunruhigend ist dabei vor allem die Professionalität dieser deutschsprachigen Verlautbarungen. So enthielten z. B. diverse Videos vor der Bundestagswahl 2009 Drohungen gegen Deutschland. Auch wenn es keine konkreten Hinweise auf Anschlagplanungen – und glücklicherweise auch keinen Anschlag – in Deutschland gab, ist die mittel- und langfristige Wirkung dieser Verlautbarungen nicht zu unterschätzen. Islamisten in Deutschland wurde und wird damit z. B. signalisiert, dass der Kampf sich lohne, ja sogar weiter geführt werden müsse und eine Ausbildung im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet möglich sei. Auch die Selbstdar-



stellungen einer angeblich dort ansässigen „Deutschen Taleban Mujahedin“-Gruppe tragen dazu bei, dass sich eine Reise in ein Ausbildungslager vor Ort lohnen könne. Informationen über aus Deutschland stammende Jihadisten, die im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet starben oder von dort zurückkehren wollen, ändern daran nichts.

Auch **in Hessen** halten sich zahlreiche Personen auf, die sich auf unterschiedliche Weise am bewaffneten Kampf „zur Verteidigung des Islam“ beteiligen wollen. Das Rhein-Main-Gebiet bildet dabei einen wesentlichen Schwerpunkt bei der Beobachtung gewaltbereiter islamistischer Netzwerke in Hessen. In den letzten Jahren hat sich hier eine „lebendige“ **gewalt- und jihadaffine Szene** entwickelt, deren Zentrum Frankfurt am Main bildet. Ihre ideologische Grundausrichtung und Bildung erfährt sie vor allem durch mehrere Einflusspersonen innerhalb und außerhalb Hessens, die islamistisch motivierte Ideologieschulungen anbieten und sich einer zum Teil erheblichen Akzeptanz erfreuen. Anders als in den vergangenen Jahren müssen daneben jedoch nicht nur die Region Nordhessen, sondern auch ländliche Räume Hessens Beachtung finden. Auch hier entwickeln sich – wenn auch langsam - islamistisch-terroristische Strukturen mit Potenzial. Von diesen Personen gehen Gefährdungsmomente aus, die der näheren Aufklärung durch das LfV Hessen bedürfen. In diesem Personenpotenzial finden sich zudem einige Einzelakteure, denen ein zum Teil erheblicher Einfluss auf die Radikalisierung gerader junger Muslime zugeschrieben werden kann.

Gerade vor diesem Hintergrund stellen Ausreisen oder **beabsichtigte Ausreisen** von Islamisten in terroristische Ausbildungslager im Ausland ein besonders Problem dar. Dort erfahren sie eine militante Ausbildung und werden auf den bewaffneten Jihad vorbereitet. Es ist nicht auszuschließen, dass ehemalige Kämpfer nach dem Besuch eines terroristischen Ausbildungslagers oder dem Einsatz im Kampf nach Deutschland zurückkehren könnten, um – mit dem entsprechenden „Fachwissen“ ausgestattet – hier Anschläge zu verüben. Deshalb ist es besonders wichtig, solche Ausreisen zu verhindern. Hierzu ist eine enge Zusammenarbeit zwischen Behörden (Polizei, Verfassungsschutz, Kommune) erforderlich. Seit 2009 sind dem LfV Hessen 13 Ausreisefälle bekannt geworden, davon sechs aus 2009 und sieben seit dem laufenden Jahr. Außerdem können solche Rückkehrer an sozialer Anerkennung und Einfluss als Ansprechpersonen gewinnen. Aktuelle auch in der Presse thematisierte Warnungen, wonach al-Qaida Anschläge in Europa plane, bestätigen die Richtigkeit dieser Bewertung ebenso wie die hohe Beachtung, die Jihadisten durch ihre Video-Botschaften erhalten, insbesondere dann wenn sie aus Deutschland ins afghanisch-pakistanische Grenzgebiet gereist sind.



Die Gefährdungslage im Bereich des islamistischen Terrorismus bleibt nach Einschätzung aller Sicherheitsbehörden deutschlandweit weiterhin auf einem anhaltend hohen abstrakten Niveau. Es ist davon auszugehen, dass öffentlichkeitswirksame Anschläge gegen westliche Einrichtungen Kernziele von islamistischen Terroristen bleiben. Es gibt jedoch keine konkreten Hinweise auf unmittelbar bevorstehende Anschläge.

Ich möchte kurz darauf hinweisen, dass islamistische Organisationen die **Rekrutierung und Radikalisierung** islamistischer Terroristen mit beeinflussen können. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, auch diese politisch agierende islamistische Szene genau zu beobachten und ihren Einfluss unter Muslimen durch geeignete Maßnahmen möglichst gering zu halten.

MAßNAHMEN des LFV HESSEN

Im Sinne eines ganzheitlichen Bekämpfungsansatzes islamistischer Bestrebungen führt das LfV Hessen eine Reihe von **präventiven Maßnahmen** durch, um der Bedrohung für die Innere Sicherheit und die freiheitliche demokratische Grundordnung durch Islamismus und Islamistischen Terrorismus entgegenzutreten. Dabei legt das LfV Hessen Wert darauf, als moderne Verfassungsschutzbehörde zu agieren, welche der extremistischen Herausforderung in Ergänzung zu ihrer originär nachrichtendienstlichen Aufgabenerfüllung durch präventive Maßnahmen begegnet. Anlassbezogen werden dabei auch Themen aus dem Bereich des allgemeinen Ausländerextremismus angesprochen.

Dem LfV Hessen ist es gelungen, Kontakte zu zahlreichen anderen Behörden und Stellen aus dem öffentlichen Bereich herzustellen. Diese haben sich so entwickelt, dass es z. B. regelmäßige Termine gibt. Besonders erwähnenswert ist die Zusammenarbeit mit hessischen Polizeibehörden im Bereich, die Kooperation mit den Justizbehörden. Darüber hinaus hat sich insbesondere die Kooperation mit dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) in Frankfurt am Main als fruchtbar erwiesen.

Das LfV arbeitet im Bereich Prävention / Vertrauensbildende Maßnahmen außerdem eng mit dem Landesmigrationsbeauftragten der hessischen Polizei zusammen. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit werden gemeinsam potentielle Partner und Organisationen für vertrauensbildende Maßnahmen mit muslimischen Akteuren eruiert.



Auch bei dem Projekt „Radikalisierung und Rekrutierung von / durch Islamisten in Justizvollzugsanstalten“ arbeitet das LfV Hessen eng mit der hessischen Polizei zusammen. Diesbezüglich nahm das LfV Hessen bereits 2004 Kontakt zum Hessischen Ministerium der Justiz auf. Ziele des Projektes sind der regelmäßige Austausch von Informationen und regelmäßige Sensibilisierungsveranstaltungen, bei denen u. a. die typischen Merkmale von Radikalisierungsprozessen vermittelt werden. Das LfV Hessen führt diese Veranstaltungen in regelmäßigem Turnus durch. Es bestehen Kontakte zu allen hessischen Justizvollzugsanstalten, seit dem Jahr 2007 finden die Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Landeskriminalamt (HLKA) statt.

Nach inzwischen fast fünf Jahren enger Zusammenarbeit von LfV und Justizvollzugsanstalten in Hessen ist das Verhältnis von gegenseitigem Vertrauen geprägt. Dies wird durch die positiven Rückmeldungen der Justizvollzugsanstalten, sowie dem regen Austausch zwischen den beiden Stellen deutlich. Das LfV leistet u. a. Unterstützung bei Überprüfungen von muslimischen Betreuern/ Imamen und bei der Bewertung von durch Insassen angeforderter Literatur oder anderer Medien. Zahlreiche Akteure sind inzwischen - nach Erkenntnismiteilungen durch das LfV Hessen und/oder das LKA durch die Anstaltsleitungen von ihrer Tätigkeit entbunden worden. Ebenso wird jeder Bewerber vor Aufnahme einer betreuenden Tätigkeit für Muslime in einer Justizvollzugsanstalt vor Einstellung überprüft. Darüber hinaus arbeiten LfV, HLKA und Justizvollzugsanstalten fach- und fallbezogen zusammen, etwa bei tatsächlichen Anhaltspunkten für islamistische Radikalisierungs- und Rekrutierungsprozesse. Das Projekt wird auf Grund der großen Nachfrage seitens der Justizvollzugsanstalten mit unverminderter Intensität fortgeführt.

Das LfV Hessen arbeitet im Bereich Vertrauensbildende Maßnahmen eng mit Integrationsämtern, wie dem Integrationsamt der Stadt Wiesbaden und im Sinne von Prävention besonders gewinnbringend mit dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) in Frankfurt am Main zusammen. Einen Schwerpunkt der Zusammenarbeit bildet die Durchführung von Veranstaltungen mit Vertretern muslimischer Vereine und Verbände.

Die 2007 begonnene, durch das AmkA in Zusammenarbeit mit dem LfV organisierte, jährliche Gesprächsreihe mit Vorständen und Vertretern muslimischer Moscheevereine und –verbände in Frankfurt am Main zielt auf die Vertrauensbildung zwischen den Sicherheitsbehörden und den beteiligten Moscheeverbänden ab. Teil dieses Vorhabens ist es, mit einem Informationsangebot an die Verbände heranzutreten. So sollen Muslime mit Multiplikatorenfunktion hinsichtlich möglicher islamistischer Bestrebungen in ihrem Umfeld und



möglicher Radikalisierungsprozesse sensibilisiert werden. Ziel der vertrauensbildenden Maßnahmen ist es unter anderem, die muslimischen Vertreter dahingehend zu sensibilisieren, dass der grundlegende Schritt zur Wahrnehmung von gemeinsamer Verantwortung beim Vorgehen gegen Islamismus eine deutliche und zweifelsfreie Positionierung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und eine offizielle Distanzierung von religiös motiviertem Terrorismus und gewaltbereitem Gedankengut ist. Eine Fortführung der Gespräche im Rahmen dieser in Kooperation mit dem AmKA stattfindenden Gesprächsreihe ist geplant.

Um Radikalisierungsprozesse so früh als möglich zu erkennen und ihnen entgegenzutreten zu können, verfolgt das LfV Hessen einen Ansatz, welcher die Zusammenarbeit mit Einrichtungen und Behörden mit Kontakt zu potenziell für Radikalisierungsprozesse anfälligen Personen umfasst. Das LfV soll dabei lediglich eine beratende Rolle im Hintergrund haben. Ziel des Projektes ist es, Strategien zur Gewinnung von Kooperationspartnern für die Früherkennung von Radikalisierungsprozessen zu erarbeiten. Dieses Projekt befindet sich noch in einer Pilotphase, wird aber weiter verfolgt.

Ausländerbehörden werden regelmäßig durch das LfV in Hinblick auf relevante Phänomenbereiche sensibilisiert. Dies umfasst insbesondere die ständige Fortbildung über neueste Entwicklungen im Bereich islamistischer Organisationen sowie die Sensibilisierung für das frühzeitige Erkennen von Radikalisierungsprozessen. Darüber hinaus unterstützt das LfV Hessen Ausländerbehörden auf Anfrage etwa bei dem Erstellen von Fragenkatalogen für Sicherheitsgespräche.

AUSBLICK und MÖGLICHE WEITERE HANDLUNGSSPIELRÄUME

Extremismus und Gewalt werden trotz aller staatlichen und gesellschaftlichen Maßnahmen nicht völlig aus unserem Alltag verschwinden. Allerdings gelingt es in Hessen – gerade auch im Zusammenspiel zwischen Verfassungsschutz und Polizei - in allen Phänomenbereichen, relevante Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und durch teilweise ressourcenintensive Maßnahmen in ihrer negativen Wirkung im gesellschaftlichen Raum zu begrenzen. Aus Sicht des LfV Hessen ist es jedoch nötig, sich noch stärker als bisher auch mit der Frage zu beschäftigen, den Einstieg in eine extremistische Karriere zu verhindern.



Vor diesem Hintergrund möchte ich abschließend phänomenübergreifend auf die Frage eingehen, welche Möglichkeiten das LfV Hessen in Bezug auf weitere Handlungsspielräume für Staat und Gesellschaft sieht, ideellen und tatsächlichen Unterstützung extremistischen Gedankengutes und Handelns entgegenzuwirken.

Vorweg sei darauf hingewiesen, dass das LfV Hessen als Nachrichtendienst einen wichtigen und sicher auch erheblichen **Beitrag zur Extremismusprävention** beiträgt. Als Frühwarnsystem informiert und berät es insbesondere Politik, Polizei und Strafverfolgungsbehörden und ermöglicht damit ein rechtzeitiges und angemessenes Vorgehen gegen extremistische Bestrebungen. Dies gilt in besonderer Weise für die unmittelbare Gefahrenabwehr. Das LfV Hessen erhält durch nachrichtendienstliche Aufklärungsmaßnahmen bereits im Vorfeld eintretender Gefahren Kenntnis darüber. Durch eine rechtzeitige Information der Polizei können Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit dann oft im Ansatz unterbunden werden. Dies betrifft gleichermaßen öffentliche und nicht-öffentliche Veranstaltungen, es ist regelmäßig bei Planungen oder Erkenntnissen zu Gewalttaten der Fall. Ziel ist es dabei immer, öffentliche Stellen – allen voran Versammlungsbehörden und Polizei - unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit sowie der gesetzlichen Übermittlungsregelungen in die Lage zu versetzen, sich sachgerecht mit der Thematik auseinander zu setzen, angemessene Handlungskonzepte zu entwerfen und ggf. Maßnahmen zu ergreifen.

Aber auch die Stärke des Verfassungsschutzes, seine auf langfristige Bewertung angelegte analytische Kompetenz, wird im Dienste präventiver Aktivitäten eingesetzt. Gerade diese Form der Beobachtung extremistischer Bestrebungen erlaubt eine fundierte Unter-richtung, die bei der Bewertung, der Gefahrenprognose und bei der Maßnahmenwahl relevante Entwicklungen und Trends berücksichtigt. Auch durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel verfügt das LfV Hessen über eine Erkenntnistiefe in Hessen, die in dieser Form bei keiner anderen Stelle vorliegt.

Damit wird die Voraussetzung geschaffen, bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt anzusetzen und im Rahmen der gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit extremistischen Bestrebungen auch einer ideellen und tatsächlichen Unterstützung extremistischer Bestrebungen entgegenzuwirken. Dies muss nach Überzeugung des LfV Hessen ganzheitlich erfolgen. Vor diesem Hintergrund sind die bereits laufenden Fortbildungsmaßnahmen für bestimmte Zielgruppen (Lehrer, Justiz, Polizei, Kommunen) fortzuführen und sowohl inhaltlich als auch thematisch auszubauen. Ebenso muss von verschiedenen Stellen – auch außerstaatlichen Initiativen – offen über jede Form des Extremismus diskutiert werden. Das LfV Hessen tut dies zu diversen Anlässen, aber auch gezielt auf Bühnenveranstaltungen auf dem Hessentag.



Das LfV Hessen sieht die beste Möglichkeit, Staat und Gesellschaft Handlungsspielraum im Kampf gegen extremistische Bestrebungen zu eröffnen, in einem **ganzheitlichen Präventionsansatz**. Öffentliche Stellen und gesellschaftliche Initiativen sollten gemeinsam gegen Extremismus jeder Art vorgehen. Das **LfV Hessen** sieht seinen **Beitrag** darin, nicht nur die breite Öffentlichkeit, sondern auch öffentliche Stellen gezielt über extremistische Bestrebungen zu informieren und aufzuklären, sie dadurch sensibel für die Problematik und pro-aktiv handlungsfähig in der Beschränkung extremistischer Handlungsmöglichkeiten zu machen.

Auch wenn dies als ein neuer Schwerpunkt der Arbeit entwickelt werden soll, kann und darf die eigentliche Kernaufgabe, die nachrichtendienstliche Arbeit, die die Grundlagenerkenntnisse für die Prävention liefert, nicht zurückgefahren werden. Dies war auch das wesentliche Ergebnis unserer Podiumsdiskussion beim diesjährigen Herbstgespräch des LfV Hessen. Aber: Prävention und Schutz vor Extremisten gibt es nicht zum Nulltarif, sondern kann nur durch eine personelle Verstärkung phänomenübergreifend realisiert und sachspezifisch intensiviert werden.

Zugleich möchte ich darauf aufmerksam machen, dass Prävention ein auf lange Sicht angelegtes Vorhaben ist, bei dem der Erfolg oder Misserfolg einzelner Maßnahmen nur schwer kurzfristig zu messen oder zu bewerten sein wird. Auf Grund der bestehenden Erfahrungswerte des LfV Hessen ist davon auszugehen, dass seine Maßnahmen z. B. im Bereich des Islamismus und Islamistischen Terrorismus dazu beitragen, erfolgreich der Ausbreitung von Extremismus entgegenzuwirken. Die Vielzahl an Aktivitäten, die das LfV Hessen im präventiven Bereich bisher entfaltet, lassen jedoch unterschiedliche Tendenzen im Hinblick auf die Effektivität der angewendeten Instrumentarien erkennen. Diese Tendenzen gilt es bei Überlegungen über den Ausbau und die Intensivierung bereits vorhandener Präventionsmaßnahmen durch das LfV Hessen zu berücksichtigen.

Die Zusammenarbeit mit Behörden, Ämtern und anderen Stellen aus dem öffentlichen Bereich stellt sich als eine unverzichtbare Stütze bei jeder phänomenbezogenen Extremismusprävention dar. Insbesondere durch die Kooperation mit den Justiz- und Ausländerbehörden kann ein erheblicher gegenseitiger Mehrwert, und damit auch ein Gewinn für die Arbeit der Sicherheitsbehörden im präventiven Bereich erzielt werden.



Abschließend möchte ich folgendes **Fazit** ziehen:

Extremismus und besonders von Extremisten ausgehende Gewalt ist ein Problem, das gerade auch durch die Arbeit des Verfassungsschutzes in seinen Ausprägungen bekannt ist und bekannt gemacht wird.

Extremismus vorzubeugen ist eine ganzheitliche Aufgabe, bei der der Verfassungsschutz durch Information und Aufklärung einen wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung betroffener Stellen und deren zielgerichtete Maßnahmenauswahl leisten kann.

Prävention ohne Vertrauen zueinander wird aber nicht gelingen.

Daher gilt es durch vertrauensbildende Maßnahmen von öffentlichen Stellen und gesellschaftlichen Initiativen gleichermaßen als Partner im Kampf gegen Extremismus akzeptiert zu sein.